

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Darlegung des Landesbudgets 2018 gem. § 45 Abs. 1 GeoLT, EZ 1932/1

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, Hohes Haus,
sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich freue mich, dass ich Ihnen heute den Entwurf des Landesbudgets 2018 vorlegen kann und heute meine erste Budgetrede als Finanzlandesrat halten darf.

Finanzpolitik ist bekanntlich nicht nur ein spannendes sondern manchmal auch sehr schwieriges Aufgabenfeld. Und deshalb habe ich mir gedacht, dass ich doch heute einmal mit einem Zitat beginnen könnte.

Ich bin bei dem früheren britischen Premierminister Anthony Eden fündig geworden. Dieser hat gesagt: „Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigebigkeit im Besonderen.“ Ich glaube, das bringt die Sache ziemlich gut auf den Punkt, was die Budgets der öffentlichen Hand betrifft.

Es gibt im Endeffekt kaum Entwicklungen, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene, die letztlich nicht Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt haben. Und ich meine damit gar nicht nur die ganz großen Krisen, wie wir sie ab dem Jahr 2008 wirtschaftlich und finanzpolitisch erleben mussten. Oder ganz zu schweigen davon, dass sich heute etwa im asiatischen Raum Mächte gegenüberstehen, wo überhaupt noch nicht einschätzbar ist, wohin sich das alles entwickeln wird.

Wenn es dem Wirtschaftsstandort Österreich nicht gut geht, merken wir das sofort durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und das verursacht den öffentlichen Haushalten natürlich Mehrkosten.

Und wenn es den Menschen nicht gut geht und keine ordentlichen Gehälter gezahlt werden, dann können sie nichts ausgeben und wir merken das durch steuerliche Einnahmenausfälle.

Und wenn die internationalen Konzerne keine Steuern zahlen, sondern Briefkastenfirmen einrichten und das Geld im Kreis schicken bis nichts mehr davon übrig ist, dann merken wir das erst recht bei den fehlenden Einnahmen.

Ich möchte jetzt nicht so tun, als könnten wir als steirische Landesregierung globale Entwicklungen umkehren. Aber was wir können, ist gute Standortbedingungen zu schaffen. Wir müssen für unsere Wirtschaft die bestmöglichen Rahmenbedingungen und für die Menschen im Land die bestmöglichen Lebensbedingungen schaffen.

Dafür müssen wir die im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel vernünftig einsetzen. Nur so bleiben wir im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig und nur so werden wir unseren erfolgreichen steirischen Weg langfristig absichern können!

Ganz besonders abhängig sind wir dabei jedoch von Entwicklungen auf Bundesebene. Ich möchte Ihnen daher auch nicht verheimlichen, dass es mich als Finanzreferent mit großer Sorge erfüllt, wenn ich mir die Steuerreformkonzepte der Parteien im Nationalratswahlkampf so anschau. Warum erwähne ich das jetzt extra?

Ich möchte Ihnen das mit einem Beispiel veranschaulichen. Die Expertinnen und Experten unserer Finanzabteilung haben berechnet, dass eine Milliarde Einsparung auf Bundesebene durchschnittlich 30 Millionen Euro Einnahmenverlust für das Land Steiermark bedeutet, dazu kommt auch noch der Anteil der Gemeinden. Die Reichweite der Vorschläge geht jetzt von 5 Milliarden bis zu utopischen 19 Milliarden. Was das für uns als Land bedeutet, kann man sich damit ganz einfach ausrechnen.

Wir sind uns sicher alle einig, dass wir den Faktor Arbeit in allen Facetten entlasten und die Menschen mehr netto von Brutto haben müssen. Aber bitte auch mit einer gerechten Verteilung zwischen den Gebietskörperschaften. Denn Eines haben alle Steuerreformen der letzten Jahrzehnte gezeigt: Die Rechnung haben bisher immer die Länder und Gemeinden gezahlt!

Ein gutes Beispiel dafür ist die inhaltlich ohne Frage richtige Abschaffung des Pflegeregresses. Die bisher vom Bund angekündigten Kompensationsmaßnahmen werden bei Weitem nicht ausreichen, um den Einnahmefall abzudecken. Und damit wird uns der Spielraum, den

wir zur Standortstärkung brauchen, genommen. Ich kann Ihnen daher versichern, dass ich bei der Konferenz der Landesfinanzreferenten in 10 Tagen in Vorarlberg sehr nachdrücklich eine budgetneutrale Lösung für die Steiermark einfordern werde!

Aber auch die EU macht es uns nicht immer wirklich leicht. Für mich war es schon eine ziemliche Umstellung, als ich in die Landesregierung gekommen bin. Das Handeln in der Privatwirtschaft geht von einer betriebswirtschaftlichen Betrachtung aus. In den öffentlichen Haushalten reden wir aber seit ein paar Jahren nur mehr von „ESVG“ und „Maastricht-Regime“. Alleine die Bezeichnung ESGV ist kaum vollständig auszusprechen: Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

Stabilität ist zweifellos wichtig, aber die Art wie das umgesetzt wird ist ein Problem. Ich glaube wir sind alle der Meinung, dass es in Zeiten absoluter Niedrig- und sogar Minuszinsen sinnhaft wäre, zu investieren. Aber genau das wird uns als öffentliche Hand durch das Maastricht-Regime fast unmöglich gemacht. Wir können nämlich Investitionen nicht wie ein Unternehmen über einen längeren Zeitraum - etwa 20 oder 25 Jahre – abschreiben, sondern müssen diese im Zeitpunkt der Umsetzung voll berücksichtigen.

Nehmen wir etwa ein Straßenbauprojekt über 60 Millionen Euro mit einer Bauzeit von 3 Jahren und einer Finanzierungszeit von 20 Jahren. Ein Unternehmen hätte bilanziell bei einer Abschreibungsfrist von 20 Jahren Aufwendungen von 3 Mio. Euro im Jahr. Wir als öffentliche Hand müssen den gesamten Betrag zum Zeitpunkt der Errichtung, also nur über 3 Jahre ansetzen. Das bedeutet 20 Mio. Euro im Jahr. Das geht sich schlichtweg nicht aus.

Nicht unterschätzen dürfen wir etwa auch die Belastungen für das Landesbudget, die sich aus dem Klimawandel geschuldeten Naturkatastrophen ergeben. Letztes Jahr hat es unsere Obst- und Weinbauern furchtbar getroffen, im heurigen Sommer waren es die Menschen in der Obersteiermark und die Infrastruktur des Landes und der Gemeinden.

Es ist unsere Pflicht, hier unbürokratisch und rasch zu helfen, aber ich möchte nicht verschweigen, dass uns diese Entwicklungen vor schwer bewältigbare Herausforderungen im Landesbudget stellen.

Bei all diesen Herausforderungen bin ich davon überzeugt, dass der Weg, den die Steiermärkische Landesregierung in den letzten Jahren gegangen ist, der absolut richtige war. Die Wirtschaftsdaten, die Forschungs- und Entwicklungsquote, die sinkende Arbeitslosigkeit legen den objektiven Beweis, dass wir die richtigen budgetären Schwerpunkte gesetzt haben.

Und wenn wir so tolle Nachrichten vernehmen können, dass die VOEST das modernste Stahlwerk Europas wenn nicht sogar der Welt in Kapfenberg baut, dann zeigt das, dass die Steiermark ein attraktiver Standort mit Top-Facharbeiterinnen und Facharbeitern ist! Solche Entwicklungen sind natürlich niemals eine alleinige Leistung des Landes, aber sie zeigen, dass die Rahmenbedingungen stimmen!

Lassen Sie mich aber nun näher auf den Entwurf zum Landesbudget 2018 eingehen.

Die Koalition „Zukunft.Steiermark“ bekennt sich im Regierungsübereinkommen klar dazu, das Land an die Spitze aller österreichischen Bundesländer zu führen. Dafür sind über den Konjunkturzyklus stabile Finanzen notwendig, um durch zukunftsfitte Politik auch den nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume zu erhalten.

Das Maastricht-Defizit im Kernhaushalt wird von 305,8 Millionen Euro im Vorjahr auf nunmehr 218,9 Millionen Euro gesenkt werden. Wir halten damit am beschlossenen Konsolidierungskurs und der mittelfristigen Finanzplanung fest. Unser erklärtes Ziel bleibt es, den Stabilitätspakt 2020 durch eine schrittweise Absenkung des Maastricht-Defizites wieder einzuhalten.

Einnahmen von 5,46 Milliarden Euro stehen Ausgaben von 5,80 Milliarden Euro gegenüber. Der Schuldenstand steigt auf 5,18 Milliarden Euro. Damit ist es gelungen, die Schuldenentwicklung wesentlich abzuflachen.

Die doch sehr deutliche Verringerung des Defizits zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind! Lassen Sie mich das mit einem Satz sagen: Die eingeschlagene Richtung stimmt!

Natürlich würde ich mir als Finanzreferent wünschen, dass bereits das Landesbudget 2018 kein Defizit mehr aufweist. In Anbetracht der Rahmenbedingungen, mit denen wir konfrontiert waren bzw. sind, bin ich dennoch der Überzeugung, dass wir ein solides Budget vorgelegt haben.

Ein öffentlicher Haushalt ist eben nicht eins zu eins mit einem Unternehmen vergleichbar. Selbstverständlich ist es unsere Pflicht, sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig mit den Mitteln, die uns die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Verfügung stellen, umzugehen.

Und natürlich müssen wir jede einzelne Ausgabe auf ihre Sinnhaftigkeit hin sorgfältig überprüfen. Ich glaube auch, dass es etwa im Bereich der Förderungen noch einiges Potential

gibt. Gleichzeitig müssen wir uns aber auch den Freiraum nehmen, notwendige Maßnahmen zu setzen. Denn Eines ist für mich klar: Zu Tode gespart ist auch gestorben!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist aber nicht das Budget des LR Lang, das ich in den Landtag einbringen darf sondern unser gemeinsames Werk als Steiermärkische Landesregierung. Ich möchte mich daher abschließend bei meinen Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Hervorheben möchte ich an dieser Stelle meinen „Schatten-Landesrat“ Christopher Drexler. Lieber Christopher, ich danke dir für die stets fairen Verhandlungen und deine Handschlagsqualität! Mein großer Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen in der Finanzabteilung des Landes, die die letzten Wochenenden durchgearbeitet haben, um den Budgetentwurf fertigzustellen. Vielen Dank für Ihren Einsatz!

Als Landesregierung können wir Ihnen, meine Damen und Herren, nur einen Entwurf über das Landesbudget vorlegen. Die Beschlussfassung ist Sache des hohen Landtags. Ich freue mich daher schon auf die ausführlichen inhaltlichen Diskussionen im Ausschuss und im Plenum im Dezember.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Glück auf!